

Signatur: 2025.SR.0188
Geschäftstyp: Motion
Erstunterzeichnende: Alexander Feuz (SVP), Thomas Glauser (SVP), Georg Häsler (FDP)
Mitunterzeichnende: Thomas Hofstetter, Bernhard Hess, Ursula Stöckli
Einreichtdatum: 12. Juni 2025

Motion: Mehr Sicherheit! Es braucht angesichts der erhöhten sicherheitspolitischen Herausforderungen mehr sichtbare Polizeipräsenz in der Stadt Bern! Die Zusatzvereinbarung mit der KAPO betr. polizeilicher Leistungen ist auf den Stand vor FIT II zurückzuführen!

Auftrag

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt:

Der Gemeinderat habe die Zusatzvereinbarung mit der Kantonspolizei wieder auf den Stand vor FIT II zurückzuführen.

Begründung

Die SVP ist äusserst beunruhigt über die neusten sicherheitspolitischen Herausforderungen, denen sich auch die Stadt Bern stellen muss. Dabei sind sich die Motionäre bewusst, dass die nachfolgend aufgezeigten Gefahren und massiven Beeinträchtigungen, die ganze Schweiz betreffen. Es müssen frühzeitig die nötigen Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung und der Betroffenen ergriffen werden. Massive Zunahme der Kriminalität, insbesondere wegen vielen straffälligen Personen aus den dem Kontext der irregulären Migration (vgl. entsprechende nachstehende Medienberichte); Zunahme aggressiver Demos insbesondere aus dem Umfeld der Hamas -Unterstützern /Schutz gefährdeter Personen; Hier sind insbesondere die Besucher der Synagoge gefährdet. Aber auch diverse diplomatischen Einrichtungen müssen gemäss dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen geschützt werden. Auch die Bewohner und Besucher der Stadt Bern sowie der öffentliche Verkehr werden durch die meist unbewilligten gewaltsamen Demonstration massiv beeinträchtigt und verängstigt. Der Bundesrat hat auf 2026 entsprechende Kredite zum Schutze Betroffener Personen bewilligt. In verschiedenen Städten der Schweiz wurde der ÖV während Stunden blockiert! Ergreifen geeigneter Massnahmen gegen Fentanyl-Welle; Hier ist in der ganzen Schweiz mit Drogenelend, Todesfällen mit vermehrt aggressiven Konsumenten zu rechnen. Es muss auf die leidvollen Erfahrungen im Ausland verwiesen werden. Im Rahmen der FIT II Sparmassnahmen wurden die Leistungen gemäss Zusatzvereinbarung mit der Polizei gekürzt. Die Motionäre ist der Auffassung, dass zum Schutz der Bewohner und Besucher der Stadt Bern die sichtbare Polizeipräsenz angesichts der vorstehenden begründeten Herausforderungen wieder verstärkt werden muss. Der Gemeinderat muss deshalb die Zusatzvereinbarung mit der Kantonspolizei wieder auf den Stand vor FIT II zurückzuführen. Diese geht auf eigenen Gegenvorschlag zurück, der 2010 vom Volk angenommen und 2013 umgesetzt wurde. Dessen Missachtung wird als krasse Verletzung des Volkswillens angesehen, der die erhöhte Polizeipräsenz klar bejahte. Nachfolgend wird ergänzend auf entsprechende Medienberichte verwiesen: Ad massive Zunahme der Kriminalität, insbesondere wegen Personen aus dem Bereich der irregulären Migration; Die Kantonspolizei präsentiert die neuesten Zahlen der Kriminalstatistik. Vermögensdelikte von Beschuldigten aus dem Bereich der irregulären Migration bleiben hoch.¹ Im Kanton Bern hat die Zahl der registrierten Straftaten im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Sie stieg um 17 Prozent auf 73'469 Straftaten und erreichte damit ein

¹ <https://www.bernerzeitung.ch/kanton-bern-mehr-straftaten-und-viele-vermoegensdelikte-659944423611>

Zehn-Jahres-Hoch. Das geht aus der polizeilichen Kriminalstatistik 2024 hervor, welche die Kantonspolizei Bern am Montag präsentierte. Stark zugenommen haben insbesondere Vermögensdelikte. So hat sich die Zahl der Einbrüche und Entreissdiebstähle beinahe verdoppelt. Dabei stammen viele Beschuldigte aus den Maghreb-Staaten Algerien, Marokko, Tunesien und Libyen. Sie waren letztes Jahr beispielsweise für 89 Prozent aller Einbruchdiebstähle in Fahrzeuge verantwortlich, wie Martin Schindler, Chef der Kriminalabteilung, vor den Medien sagte. Oft handle es sich um Mehrfachtäter, so wie Anfang dieses Jahres im Berner Oberland: Drei Jugendliche wurden nach mehreren Einbruchsdelikten in Bönigen gefasst. Kaum waren sie wieder auf freiem Fuss, wurden sie wieder straffällig – diesmal in Thun. Abschiebung oft unmöglich «Wenn keine Haftgründe mehr vorliegen, müssen die Leute nach unseren Gesetzen wieder freigelassen werden», sagte Polizeikommandant Christian Brenzikofer. Wenn sie dann erneut Delikte verübten, werde die Staatsanwaltschaft allenfalls Untersuchungshaft wegen Mehrfachtäterschaft beantragen. Doch auch eine Verurteilung ändere nichts daran, dass eine Rückführung nicht möglich sei, wenn die Betroffenen nicht von einem Staat anerkannt würden oder ihre Identitätspapiere nicht beibringen könnten. «Also werden sie über kurz oder lang wieder auf der Strasse sein.» Ad Zunahme aggressiver Demos insbesondere aus dem Umfeld der Hamas. In Lausanne und Genf – Probleme im Bahnverkehr wegen pro-palästinensischer Demonstration.²

- Die Pro-Palästina-Demonstration vom Montagnachmittag führt auch am Dienstagmorgen noch zu Einschränkungen im Bahnverkehr.
- Aufgrund von Verspätungen und Ausfällen konnten die Züge nicht in die jeweiligen Depots fahren, wie die SBB mitteilt.
- Das führe dazu, dass der Bahnverkehr in der Westschweiz am Dienstagmorgen mit eingeschränkter Zug- und Sitzplatzverfügbarkeit stark eingeschränkt werde.
- Die SBB empfiehlt Reisenden, den Online-Fahrplan zu konsultieren.

Hunderte von pro-palästinensischen Demonstranten hatten am späten Montagnachmittag Gleise in den Bahnhöfen von Genf und Lausanne besetzt, um gegen den Krieg in Gaza zu protestieren. Der Zugverkehr wurde stark beeinträchtigt, es kam zu Verspätungen und Zugausfällen. Tausende blockierten am Montag die Perrons und Geleise – wie hier am Bahnhof Lausanne. RTS Fast 1000 Menschen versammelten sich gegen 18:15 Uhr in der Halle des Genfer Bahnhofs Cornavin, um ihre Unterstützung für die Menschen in Gaza und die Menschen auf dem humanitären Schiff auszudrücken, das von der israelischen Armee geentert wurde. Sie besetzen die Bahngleise 3 und 4. Der Zugverkehr wurde auf vier Gleisen unterbrochen. Die Demonstration endete gegen 19.30 Uhr. Nach Angaben der Polizei wurde eine Person wegen Sachbeschädigung festgenommen. In Lausanne demonstrierten ab 20 Uhr rund 2000 Personen auf den SBB-Gleisen in Lausanne und skandierten pro-palästinensische Parolen. Sie blieben ein paar Dutzend Minuten im Bahnhof und behinderten den gesamten Zugverkehr, bevor sie das Gelände verliessen und sich auf den Weg zum oberen Ende der Stadt machten, wie das Westschweizer Fernsehen RTS berichtete. «In Genf und in Lausanne haben Demonstrierende Bahngleise blockiert, um gegen den Krieg in Gaza zu protestieren. Die SBB wollen Anzeige erstatten. Wir haben mit den Aktivisten gesprochen.»³ Der Demonstrant findet, dass die Unannehmlichkeiten für die Zugreisenden «angesichts der Dringlichkeit der Situation in Gaza vernachlässigbar sind». Er lobt auch das Verhalten der Sicherheitskräfte, die niemanden festnahmen und auch nicht mit Gewalt eingriffen. Ad Vorfälle in der Stadt Bern: Die Demonstranten sagen zwar, die Synagoge sei nicht das Ziel gewesen, sondern die US-Botschaft. Aber angesichts der Gewalt misstraut die Jüdische Gemeinde der «Redlichkeit der Absichten».^{4 5 6} Ad Angst vor einer Fentanyl-Welle: Basel wappnet sich für das schlimmste Drogenszenario.⁷

² <https://www.srf.ch/news/schweiz/in-lausanne-und-genf-probleme-im-bahnverkehr-wegen-pro-palaestinensischer-demonstration#:~:text=Hunderte%20von%20pro%2Dpal%C3%A4stinensischen%20Demonstranten.kam%20zu%20Versp%C3%A4tungen%20und%20Zugausf%C3%A4llen.>

³ <https://www.bernerzeitung.ch/teilnehmer-ueber-den-pro-palaestina-sitzstreik-in-genf-und-lausanne-840023734087>

⁴ <https://www.bernerzeitung.ch/wie-die-palaestina-demo-in-bern-eskalierte-516853342915>

⁵ <https://www.bernerzeitung.ch/eskalierte-palaestina-demo-bern-so-reagiert-die-polizei-691040550084>

⁶ <https://www.derbund.ch/bern-palaestina-demonstration-auf-bahnhofplatz-783794497603>

⁷ <https://www.blick.ch/politik/angst-vor-einer-fentanyl-welle-basel-wappnet-sich-fuer-das-schlimmste-drogenszenario-id20902262.html>